

Ein gerichtlicher Staatsstreich stellt die CHP unter staatliche Aufsicht

Wenn eine Regierung Konkurrenten disqualifizieren, Parteiführer absetzen und dieses Ritual dennoch als Wahl bezeichnen kann, ist die Wahlurne bereits gekapert.



26. Mai 2026 | Fatih Yasli

Während der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die militärischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zur Regierung von US-Präsident Donald Trump und zur EU vertieft und diplomatisches Kapital in den für Juli geplanten NATO-Gipfel investiert, führt seine Regierung gleichzeitig eine beispiellose Neugestaltung der Innenpolitik der Türkei durch.

Am 21. Mai hob ein Gericht in Ankara den Parteitag der größten Oppositionspartei, der Republikanischen Volkspartei (CHP), vom 4. bis 5. November 2023 auf, auf dem Özgür Özel zum Parteivorsitzenden gewählt worden war, und übergab die Partei damit faktisch wieder an den ehemaligen Vorsitzenden Kemal Kilicdaroglu.

Das Urteil untergrub die interne Autorität der größten Oppositionspartei des Landes, entmachtete eine gewählte Führung und trieb die Türkei tiefer in einen Prozess, der nur als „Wahllosigkeit“ bezeichnet werden kann: ein System, in dem Wahlen formal zwar bestehen bleiben, ihre politischen Konsequenzen jedoch im Voraus neutralisiert werden.

Warum wurde diese Entscheidung gerade jetzt getroffen? Handelte es sich um ein gerichtliches Urteil oder um eine politische Intervention? Was bedeutet dies für die Opposition in der Türkei? Und wie fügt sich dieses Gerichtsurteil in das Gesamtbild von Erdogans [innenpolitischem Durch-](#)

[greifen](#), seiner erneuten Annäherung an Washington und Ankaras Engagement im Rahmen der NATO ein?

Warum wurde diese Entscheidung gerade jetzt getroffen? Handelte es sich um ein gerichtliches Urteil oder um eine politische Intervention? Was bedeutet dies für die Opposition in der Türkei? Und wie fügt sich dieses Gerichtsurteil in das Gesamtbild von Erdogans innenpolitischem Durchgreifen, seiner erneuten Annäherung an Washington und Ankaras Engagement im Rahmen der NATO ein?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir bis zum 19. März 2025 zurückgehen.

Die Entmachtung von Erdogans stärkster Konkurrenz

An jenem Tag wurde der Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoglu – Präsidentschaftskandidat der CHP und Erdogans ernsthaftester Rivale – [festgenommen](#) und anschließend [inhaftiert](#). Einen Tag zuvor war sein vor 30 Jahren erworbenes Universitätsdiplom mit der Begründung, es sei gefälscht, für ungültig erklärt worden, wodurch ihm eine der formalen Voraussetzungen für eine Präsidentschaftskandidatur entzogen wurde.

Die Annullierung von Imamoglus Diplom und seine Verhaftung waren keine Einzelfälle. Sie waren Teil des Prozesses der „Wahlverunmöglichung“, der zurzeit das politische System der Türkei umgestaltet. Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) hat freie Wahlen nicht formell abgeschafft. Stattdessen hat sie versucht, sie funktional bedeutungslos zu machen, indem sie das Feld im Voraus so gestaltet, dass die Wahlurne das vom Palast geforderte Ergebnis liefert.

Der erste Schritt bestand darin, Erdogans stärksten Wahlkonkurrenten mithilfe einer politisierten Justiz aus dem Weg zu räumen. Doch die Aktion beschränkte sich keineswegs auf Imamoglu. Das zweite Ziel war die Partei, die ihn an die Macht bringen konnte: die CHP, die in landesweiten Umfragen mit der AKP [konkurrierte](#) und bei den Kommunalwahlen 2024 [bewiesen hatte](#), dass sie die Regierungspartei an der Wahlurne schlagen konnte.

Nachdem Erdogan Kilicdaroglu bei den Wahlen im Mai 2023 besiegt hatte, wuchs innerhalb der CHP der Druck auf einen Vorsitzenden, der sich trotz der Niederlage weigerte, zurückzutreten. Dieser Druck zwang die Partei zu ihrem Parteitag vom 4. bis 5. November 2023.

In der Türkei wählen die Parteidelegierten die Parteiführung, doch die Parteiführung bestimmt weitgehend, wer Delegierter wird. Aus diesem Grund ging man davon aus, dass Kılıçdaroğlu einen weiteren Sieg erringen würde. Nur wenige glaubten, dass ein ernstzunehmender Herausforderer die von ihm aufgebaute interne Maschinerie überwinden könnte.

Doch Özal, bis vor kurzem einer der engsten politischen Verbündeten von Kilicdaroglu, trat mit der Unterstützung von Imamoglu ins Rennen. Unter dem Druck der Parteibasis besiegte er Kilicdaroglu und wurde Vorsitzender der CHP.

Die neue Führung stand bereits fünf Monate später vor ihrer ersten Bewährungsprobe. Am 31. März 2024 gewann die CHP die Kommunalwahlen mit großem Vorsprung. Für politische Beobachter in der Türkei war das Ergebnis ein großer Schock. Weniger als ein Jahr nach den Parlamentswahlen hatte sich das Kräfteverhältnis umgekehrt. Es war die erste landesweite Wahlniederlage der AKP seit ihrem Machtantritt im Jahr 2002 und der erste derartige Sieg der CHP seit 1977.

Die Wirtschaft untergräbt den Wahlvorteil der AKP

Ausschlaggebend für diese Kehrtwende war das neoliberale „Simsek-Programm“, benannt nach Wirtschaftsminister Mehmet Simsek und eingeführt im Juni 2023, unmittelbar nach den Parlamentswahlen. Als Programm zur Senkung der Inflation präsentiert, hatte es im Alltag den gegenteiligen Effekt.

Die Inflation, die im Juni 2023 bei rund 39 Prozent lag, stieg bis März 2024, als die Kommunalwahlen stattfanden, auf 68 Prozent. Auch die Wechselkurse schossen in die Höhe, wobei der Dollar von etwa 20 türkischen Lira auf 32 stieg. Der dramatischste Anstieg war bei den Kreditzinsen zu verzeichnen, die in weniger als einem Jahr von 3,85 Prozent auf 50 Prozent kletterten.

Für die einfachen Bürger bedeuteten diese Zahlen einen raschen Einbruch der Kaufkraft und einen ebenso raschen Abstieg in die Armut. Die Wählerschaft reagierte darauf, indem sie die AKP-Regierung abstrafte, die erst wenige Monate zuvor die Parlamentswahlen gewonnen hatte. Zum ersten Mal seit 2002 verlor Erdogans Partei eine Wahl.

Die Bedeutung des 31. März war unmissverständlich. Die Regierungspartei erkannte, dass sie begann, die Wahlurne zu verlieren – ihre wichtigste politische Waffe. Sie begriff auch, dass in der Türkei, wo freie Wahlen weiterhin funktionierten, ihr Machtanspruch nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden konnte.

In diesem Moment wurde der Prozess der „Wahllosigkeit“ voll in Gang gesetzt. Zunächst folgte eine juristische Kampagne, die sich um Korruptionsvorwürfe gegen CHP-Kommunen drehte. Mehrere Bürgermeister gerieten ins Visier. Imamoglu, der Präsidentschaftskandidat und Bürgermeister von Istanbul, wurde verhaftet. Währenddessen wurde auch der CHP-Parteitag vom 4. bis 5. November 2023, der Ozel an die Spitze gebracht hatte, vor Gericht gebracht.

Mit dieser Klage rückte ein juristischer Begriff in den Mittelpunkt der politischen Krise in der Türkei: „absolute Nichtigkeit“. Nach Ansicht der regierungsnahen Staatsanwaltschaft war der CHP-Parteitag von Betrug und Unregelmäßigkeiten überschattet. Die Stimmen der Delegierten seien gekauft worden, so die Behauptung. Auf dieser Grundlage müssten die Ergebnisse des Parteitags von Anfang an für nichtig erklärt werden, so als hätte die Abstimmung nie stattgefunden.

Nach rund anderthalb Jahren des Verfahrens entschied das Gericht in Ankara am 21. Mai, dass der Parteitag ungültig sei und die Parteiführung an Kilicdaroglu zurückgegeben werden müsse.

„Absolute Nichtigkeit“ und die Rückkehr von Kilicdaroglu

Kilicdaroglus Verhalten nach der Niederlage auf dem Parteitag machte es schwer, den politischen Charakter des Vorgangs zu übersehen. Der ehemalige Vorsitzende hüllte sich weitgehend in Schweigen. Er erhob keinen ernsthaften Einspruch gegen die Angriffe auf seine Partei; er stellte die allgemeine Kampagne, die Wahlen ihrer Bedeutung zu berauben, nicht in Frage.

Stattdessen akzeptierte er, sobald das Urteil zur „absoluten Nichtigkeit“ ergangen war, die Entscheidung des Gerichts, forderte die Parteimitglieder auf, ruhig zu bleiben, und behandelte seine Rückkehr als vollendete Tatsache.

In einem Interview mit TV100 sagte er: „Alle Parteimitglieder sollten ruhig reagieren. Unsere Partei ist eine sehr große Partei, und sie wird ihre Probleme intern lösen.“

Einen Tag bevor das Gericht seine Entscheidung verkündete, veröffentlichte Kilicdaroglu in den sozialen Medien eine [Videobotschaft](#), die sich stark an der Korruptionsrhetorik der Regierung gegen die CHP orientierte. „Politik, die verdirbt, lässt zuerst das Gewissen verfaulen“, sagte er, bevor er betonte, dass die Partei „weiß, wie sie sich selbst reinigen kann“ und bei Bedarf eine interne Aufarbeitung durchführt.

Angesichts des Zeitpunkts war es unmöglich, die Botschaft als neutral zu interpretieren, da ihm das Gericht weniger als 24 Stunden später die Parteiführung zurückgab. Damit war eine weitere Etappe des Wahlprozesses abgeschlossen. Nachdem der stärkste Präsidentschaftskandidat ausgeschaltet worden war, wurde die Führung der mächtigsten Partei, die nach der Macht strebte, einer Säuberungsaktion unterzogen.

In der Öffentlichkeit herrschte bereits die feste Erwartung, dass das Gericht im Sinne der Regierung entscheiden würde, sodass die Entscheidung an sich keine Überraschung darstellte. Überraschend war jedoch der Zeitpunkt.

Sowohl Regierungs- als auch Oppositionskreise hatten mit Wahlen im Jahr 2027 gerechnet. Viele gingen davon aus, dass ein Urteil dieser Tragweite für den Wahlkampf aufgespart würde, um die Opposition in Chaos und interne Konflikte zu stürzen. Andere glaubten, Erdogan würde eine solche Entscheidung vor dem für Juli in der Türkei geplanten NATO-Gipfel vermeiden, um mögliche Kritik aus westlichen Hauptstädten abzuschwächen.

Doch das Urteil kam noch vor 2027 und noch vor dem NATO-Gipfel.

Oppositionskreise wiesen sofort auf zwei „Zufälle“ hin. Vor der Operation gegen Imamoglu hatte Erdogan kurz vor der gerichtlichen Entscheidung mit Trump gesprochen. Erdogan und Trump führten sowohl vor der Operation am 19. März als auch vor dem Urteil vom 21. Mai Telefongespräche, und es ist sehr wahrscheinlich, dass in den nicht veröffentlichten Teilen dieser Gespräche die innenpolitische Krise in der Türkei zur Sprache kam.

Zumindest führte diese Abfolge zu der weit verbreiteten Schlussfolgerung in der Opposition, dass Washington wusste, was vor sich ging, und keine Einwände erhob.

Eine damit zusammenhängende Behauptung lautet, dass Erdogans Regierung angesichts der Schwächung Trumps möglicherweise eine vorgezogene Wahl in der Türkei parallel zu den Zwischenwahlen im November in den USA vorbereitet, mit dem Ziel, sich mindestens eine weitere Amtszeit zu sichern, bevor sich die äußeren Bedingungen ändern.

In diesem Zusammenhang hat die [Äußerung](#) des US-Botschafters in der Türkei, Tom Barrack, aus dem vergangenen Jahr – „Geben wir ihnen, was sie brauchen ... Legitimität“ – offensichtlich politisches Gewicht. Sollte Trumps Schwächung bedeuten, dass auch Erdogans Legitimität schwächer wird, könnte der Palast den Wahlkalender vorziehen.

Eine weitere Debatte über den Zeitpunkt konzentrierte sich auf die [verlängerte](#) Eid al-Adha-Pause (Opferfest), die wenige Tage später folgte. Der Feiertag wurde für öffentliche Angestellte auf einen Zeitraum von neun Tagen ausgedehnt, beginnend mit dem Wochenende nach dem Urteil und bis Ende Mai. Oppositionskreise argumentieren, dass der Kalender dazu beitrug, den Schock abzufedern, indem er ihn in eine Ferienzeit verlagerte, in der studentische Mobilisierung und Druck auf der Straße schwerer aufrechtzuerhalten waren.

Die Rechnung ging weitgehend auf. Die Beteiligung an den Demonstrationen vor dem CHP-Hauptquartier war weitaus geringer als bei den Protesten vom 19. März, und es kam zu keiner landesweiten Welle der Empörung in den Reihen der Opposition.

Dies war das Ergebnis des Zusammenwirkens zweier Kräfte: der repressiven Politik der Regierung und des Rückzugs der Opposition aus der Straßenpolitik nach den Demonstrationen vom 19. März. Große Proteste mit massiver Beteiligung blieben aus.

Ein von der Polizei gestütztes Gerichtsurteil

Was auch immer als Nächstes kommt, der 21. Mai 2026 muss als Meilenstein in der politischen Geschichte der Türkei gewertet werden. Zum ersten Mal hat ein Gericht den Parteitag einer politischen Partei für ungültig erklärt und damit faktisch die Führung einer bedeutenden Oppositionskraft bestimmt. Die Entscheidung war politisch, nicht rechtlich. Sie versetzte zudem dem verfassungsrechtlichen Grundsatz, dass Parteien ihre Angelegenheiten durch ihre Mitglieder und Institutionen selbst regeln, einen direkten Schlag.

Mit diesem Urteil hat die AKP die Türkei näher an Wahlen ohne Wahlmöglichkeit gebracht. Die Wahlurne bleibt bestehen. Der Wahlkampf wird ausgehöhlt, noch bevor die Wähler eintreffen. Kandidaten werden entfernt, Parteien neu formiert und Rivalen kriminalisiert. Das manipulierte Ergebnis wird dann als Demokratie verkauft.

Drei Tage nach dem Urteil machte der Staat die Botschaft öffentlich. Die Polizei stürmte die CHP-Zentrale und setzte Tränengas und Gummigeschosse ein, um eine dreitägige Pattsituation mit Özels Anhängern zu beenden, die sich im Inneren verbarrikadiert hatten. Als es Abend wurde, marschierten Anhänger von Kilicdaroglu, darunter mehrere Abgeordnete, zu dem Gebäude.

Es wird nun offen darüber gesprochen, dass die parlamentarische Immunität von Ozel und seinem Team aufgehoben werden könnte und dass auch sie inhaftiert werden könnten. Die Frage ist, ob das Lager von Ozel und Imamoglu sowie die Opposition insgesamt sich dem ihnen aufgezwungenen Verfahren widersetzen können.

Die Opposition sieht die Umrisse einer De-facto-Monarchie Gestalt annehmen. Barracks [Behauptung](#), dass „das, was in der Region am besten funktioniert hat“, eine „wohlwollende Monarchie“ sei, hat diese Einschätzung nur noch verstärkt. Nach Jahren der Schwächung des Parlaments und der Aushöhlung der Gewaltenteilung geht der Staat nun gegen das letzte Instrument vor, das noch einen Machtwechsel bewirken könnte: Wahlen.

Ozel und sein Team haben eine unmittelbare Option. Sie können in der CHP bleiben, einen neuen Parteitag fordern und genügend gesellschaftlichen Druck aufbauen, um die Partei über ihre Mitglieder zurückzugewinnen. Doch Kilicdaroglu, der sich nun an den Fahrplan der Regierung hält, hat keinen Grund, einem weiteren Parteitag Vorrang einzuräumen. Seine Rückkehr hängt davon ab, dass die Parteibasis nicht erneut entscheiden kann.

Sollte dieser Weg versperrt sein, wird bereits über eine zweite Option diskutiert. Mit der Unterstützung einer großen Mehrheit der CHP-Abgeordneten, Bürgermeister, lokalen Organisationen und Mitglieder könnte eine neue Partei gegründet werden. Dadurch bliebe die politische Dynamik um Ozel und Imamoglu erhalten. Außerdem würde dies die Opposition dazu zwingen, sich unter Re-

pressionen, rechtlichen Drohungen und der ständigen Gefahr einer weiteren staatlichen Intervention neu zu formieren.

Ob dies das Abdriften der Türkei in Richtung einer Ordnung ohne Wahlen aufhalten kann, bleibt abzuwarten. Klar ist bereits, dass der Kampf über den Vorsitz der CHP, Imamoglus Kandidatur oder Özels Rückkehr hinausgeht.

Es geht nun darum, ob Wahlen in der Türkei noch einen Machtwechsel bewirken können oder ob sie zu einem Ritual werden, durch das sich die Macht selbst erneuert.